

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt: Riesner Tageblatt
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachamt: Dresden 1380
Strolache Riesa Nr. 22

Nr. 147.

Dienstag, 27. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Frangobahn. Einzelnummer 1.00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachverweilungs- und Vermittlungsgebühren 1 Mark. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden; muß oder der Klagegegner in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. J. Leichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Ein sammeln von wildwachsenden Beeren aller Art, insbesondere Heidel-, Preisel-, Erd- und Himbeeren, in unreifem Zustande und die Verwendung von Sämmen beim Ein sammeln ist verboten.
760 E. Amtshauptmannschaft Großenhain, am 26. Juni 1922.

Nachstehend bringen wir die für das oberhalb des Stadtparkes gelegene Freibad geltende Polizeiverordnung zur öffentlichen Kenntnis.
Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Juni 1922.

Polizeiverordnung für das Familienfreibad.

Im Interesse der Aufrechterhaltung des unge störten Betriebes und der Ordnung wird folgendes bestimmt:

1. Den Befehlen der Aufsicht ist unbedingt Folge zu leisten, auch wenn diese das sofortige Verlassen der Badesanlagen verlangen.
 2. Das Baden ist nur innerhalb der durch Drahtzaun und schwimmende Bojen bezeichneten Grenzen gestattet.
 3. Das Baden ist nur mit Badehose oder Badeanzug erlaubt.
 4. Mit Eintritt der Dunkelheit, spätestens 9 Uhr abends, ist der Badesplatz zu verlassen.
 5. Jede Sachbeschädigung sowie jede Verunreinigung der Badesanlage namentlich durch Bemerkern von Papier pp. hat zu unterbleiben, ebenso
 6. jedes Betreten der nicht zum Bade gehörigen Wiesen und Ufersteigen der Einzäunung.
 7. Gefundene Sachen sind bei der Aufsicht sofort abzuliefern.
 8. Das Mitbringen von Hunden ist verboten.
- Zum Überbringen gegen die vorstehend bezeichneten Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 600 M. ev. mit Haft bis zu 2 Wochen bestraft, sofern nicht auf Grund anderweitiger Befehlsbestimmungen eine noch höhere Strafe zu erfolgen hat. Für Abhandlung von Sachen, auch im Falle der Abgabe an die Aufsicht, wird keinerlei Haftung seitens der Stadtverwaltung übernommen. Trotz der Aufsicht bleiben die Angehörigen für die Sicherheit der Kinder in jedem Falle selbst verantwortlich.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Juni 1922.

Nachdem der vereidigte Auktionator und Taxator, Herr Hermann Scheibe, sein Amt niedergelegt hat, ist vom unterzeichneten Stadtrat am 7. Juni 1922 Herr Theodor Paul Jähnia, hier, Köhlerstraße 11,

auf sein Ansuchen nach den Bestimmungen in § 36 H.-G.-O. als öffentlich angestellter Auktionator und Taxator für die Stadt Riesa verpflichtet worden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 21. Juni 1922.

Die öffentlichen Impfungen werden nächsten Freitag, den 30. Juni d. J., von nachm. 7/8 Uhr an für die Erstimpfungen, von nachm. 6 Uhr an für die Wiederimpfungen vorgenommen. Impfstoff: Galthof Sedewitz. Weid a bei Riesa, am 26. Juni 1922.

Der Gemeindevorstand.

Das Ausnahmegesetz.

Aus Berlin wird geschrieben:
In der ersten negativen Sitzung über die nachwichtige Verordnung hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, die die Befugnis der nationalsozialistischen Bewegung und die Republik schützen soll. Die Ausführung dieser Verordnung ist den Landesbehörden übertragen worden, man hat dabei die Befugnisse, die die Durchführung des Ausnahmezustandes nach dem Erlass der Verordnung gebietet hat, angewandt. Der Artikel 48 der Reichsverfassung gibt dem Reichspräsidenten das Recht, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorübergehend einzelne Grundrechte aufzuheben, das sind die Grundrechte, die die Freiheit der Person, den Hausfrieden, Brief- und Postgeheimnis, Freizug und Berufsfreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und Gewährleistung des Eigentums betreffen. Die Suspension anderer grundrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Bestimmungen ist unzulässig. Der Reichsminister der Justiz hat im Reichstages erklärt, daß die Ausnahmeverordnung sich bewusst gegen rechtsradikale Gewalttaten wendet, und daß die Befugnis ganz unbegründet sei, daß sie gegen linksgerichtete Kreise angewendet werden könne. In den Ausführungsbestimmungen, die die preussische Regierung erläßt, wird ausdrücklich versichert, daß die Verordnung des Reichspräsidenten im Sinne der in der Verhandlung des Reichstages vom 25. Juni vom Reichsjustizminister abgegebenen Erklärung zu handhaben ist.

Wenn sich die Ausführungsbestimmungen nicht noch besonders auf die Erklärung des Reichsjustizministers Dr. Brüning beziehen, könnte man annehmen, daß die Erklärung des Ministers nur eine Verabredungspille für die Vorsehung ist, daß aber die Verordnung wie jedes Gesetz gleichmäßig gegen alle dagegen Verstoßenden gehandhabt würde. Nach der Interpretation für Preußen ist das ausgeschlossen. Wir stehen infolgedessen einer Rechtsbeugung gegenüber, die niemals in der zivilisierten Welt bisher vorgekommen ist. Es bedeutet außerdem einen Bruch der Verfassung, an deren Spitze der Reichspräsident steht, wenn dem Gesetz gleich. Nach Artikel 48 der Verfassung kann außer den erwähnten Grundrechten keine andere grundrechtlicher oder sonstige gesetzlicher Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Insofern ist es also unzulässig, und höchst gefährlich, ein Ausnahmegesetz nur gegen eine ganz bestimmte Klasse des Volkes zu handhaben, nicht das Volk, sondern das Volk unter Strafe zu stellen. Die Staatsanwälte sind Beauftragte des Staates und verpflichtet, nach den Befehlen ihrer vorgesetzten Behörde zu verfahren. Ein Einschreiten gegen linksgerichtete Kreise und Freischaren, ganz gleich ob das Tatbestandsmerkmal, das durch die Verordnung betroffen werden soll, vorliegt, würde demnach ausgeschlossen sein und die Staatsanwaltschaften hätten sich nicht als einseitig politische Organe im Dienste einer gewissen Parteigruppe zu betrachten. Das muß umso gefährlicher erscheinen, als durch diese Praxis jede gerade herrschende Parteikonkordanz legitimiert würde, den ganzen Staatsapparat für die Parteinteressen in Anspruch zu nehmen.

Wegen dem Ausnahmegerichtshof ist nach der Verfassung nichts grundsätzlich einzuwenden, der Reichspräsident hat das Recht auch zur Einsetzung von außerordentlichen Kriegs-

und Standgerichten. Es würde sich also um einen Gerichts-hof handeln müssen, der auf dieser Grundlage beruht. Politisch ist indessen auch diese Bestimmung äußerst gefährlich. Von Seiten der Regierung wird damit zum ersten Mal öffentlich das deutsche Richteramt bloßgestellt. So gewiß es ist, daß auch richterliche Beamte in der gegenwärtigen Zeit und aus anderer politischer Überzeugung ihre Pflicht verabsäumen haben mögen, die vorhandenen Befehle, die unserer Meinung nach völlig unzulässig sind, die Staatsautorität in notwendiger Weise zu wahren, so ist es doch nur auf böswillige Agitation zurückzuführen, wenn man solche Vorwürfe verallgemeinert und muß unbedingt Maßnahmen gerade dort zeitigen, wo man sie unbedingt vermeiden muß. Der Staatsanwalt ist ein politischer Beamter, aber kein parteipolitischer Dienstknecht. Wenn nach der Meinung der Regierung vielfach Staatsanwälte ihre Pflichten verabsäumen haben und nicht rechtzeitig gegen Ausschreitungen gegen die Befehle vorgegangen sind, dann hätte die Regierung diese Beamten zur Verantwortung zu ziehen und sie hätte ein hier von niemand bestrittenes Recht, die Pflichtvergessenen aus dem Amte zu entfernen. Man wird dagegen nicht einwenden können, daß diese ganze Organisation nicht pädagogisch zu erziehen ist, denn gerade von der Regierung ist den Verstoßern gegen die Staatsautorität von links größere Freiheit eingeräumt worden, gerade von der Regierung ist daher den Staatsanwälten die Möglichkeit genommen, gleiches Recht gegen alle zu wahren. Viele Delikte, die bisher offiziell verfolgt worden waren, sind in das Bereich der Privatklagen überwiesen und so hätte die Staatsanwaltschaft gänzlich die Möglichkeit, dort einzugreifen, wo es notwendig gewesen wäre. Daß im Zustande der drohenden Gefahr besondere Abwehrmaßnahmen notwendig sind, wird von keiner Seite bestritten werden und alle Parteien bis zur äußersten Rechten haben ein besonderes Interesse an der Erhaltung der Staatsautorität. Wenn der Regierung der ihr unterstehende Apparat der Staatsanwaltschaft nicht ausreichend erscheint, so mag sie ihn auf legalen Wege, wofür sie Freiheit und Vermögen hat, in Ordnung bringen. Die parteipolitische Anwendung eines Ausnahme-gesetzes indessen kann nur unsere gesamte Rechtschaffenheit, auf der der Staatsorganismus beruht, erschüttern und vernichten. Solange es legale Möglichkeiten gibt, kann man nicht von einem Akt der Notwehr sprechen. Es muß unbedingt verlangt werden, daß die Befehle, die zum Schutze der Republik notwendig sind, eventuell Verfassungsänderungen, auf dem vorgeschriebenen Wege legalisiert werden. Wir warnen vor Akten, die nicht wieder gut zu machen sind.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 26. Juni.

Nach den erregten großen Sitzungen der letzten Tage gab es heute im Reichstag wieder bei sehr schwach besetztem Hause leidenschaftliche, nuchterne Verhandlungen.

Die Vorlage, durch welche das Wohnungsmangelgesetz bis zum 31. März nächsten Jahres verlängert wird, wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über Arbeitsbeschäftigung und den Entwurf über die Erhöhung der patent-amtlichen Gebühren.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs zur Verlängerung der Pachtordnung. Der Ausschuss schlägt

verschiedene Änderungen vor. Der von der Regierungsvorlage für Grundstücke unter 5 Hektar vorgesehene Ausschluß der Pachtbindung wird vom Ausschuss auf Grundstücke bis zu 10 Hektar ausgedehnt. Dieser Ausschluß der Bindungsmöglichkeit soll den Pächtern zugunsten zu stehen.

Reichsarbeitsminister Braun wendet sich gegen einige Änderungsanträge, die von verschiedenen Parteien eingegangen sind. Dem Grundgedanken eines Verpächterschutzes stehe die Regierung nicht ablehnend gegenüber, aber der sei auch schon in der Vorlage gegeben.

Abg. Dr. David (Soz.) hofft, daß die im Ausschuss beschlossene Ausdehnung des sozialen Pachtgesetzes auf Wirtschaften bis 10 Hektar bestehen bleibt. Er beantragt eine Erweiterung des Pachtgesetzes bis dahin, daß das Land landwirtschaftlicher Arbeiter bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres dem Pächtern zur vollen Nutzung verbleibt.

Abg. Sagemann (Z.) wünscht einen größeren Spielraum für die Vertragsfreiheit und empfiehlt mehrere dahingehende Änderungsanträge. Weiter fordert er eine Anpassung der Pachtpreise an die Geldentwertung noch vor Ablauf der Pachtverträge.

Abg. Horn (Unabh.) unterstützt den sozialen Antrag zugunsten der Pächtern.

Abg. Krell (Dem.) tritt für einen demokratischen Antrag ein, der den mittleren Bauern, die während des Krieges ihre Wirtschaften verpachten mußten, die Möglichkeit geben will, ihre eigene Scholle wieder mit den inwärtigen herauswachsenden Söhnen selbst zu bebauen. Wenn diese Möglichkeit geschaffen wird, könnten die Demokraten auch für die 10 Hektar Pachtgrenze stimmen, sonst müßten sie beantragen, diese Grenze auf 7 1/2 Hektar herabzusetzen.

Abg. Gildemeister (Dp.) fordert streng paritätische Anwendung der Pachtordnung gegen Pächter und Verpächter. Die Bedenken seiner Partei gegen die 10 Hektar-Grenze seien noch nicht beseitigt, deshalb werde sie für den demokratischen Antrag auf 7 1/2 Hektar stimmen.

Abg. Seidemann (Komm.): Der Landwucher, der die Hauptschuld an den Lebensmittelpreisen trägt, wird durch die Vorlage nicht beseitigt. Der Pächter bleibt nach wie vor dem Großagrarier ausgeliefert.

Unter Ablehnung der Änderungsanträge der Sozialdemokraten und Demokraten wird die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen, ebenso auch in der dritten Lesung.

Darauf wird um 4 1/2 Uhr die Sitzung abgebrochen, weil die Aufhebung Rathenaus im Sitzungssaal vorbereitet werden soll.

Präsident Doebbe wird den Zeitpunkt der nächsten Sitzung bestimmen.

Zur Ermordung Rathenaus.

Im Reichstages wurde gestern abend 9 Uhr mit der Vertagung der Sitzungsaales für die Trauerfeier begonnen. Die Arbeiten werden unter der Leitung des Reichstagsmarschall Hedrich abgeführt und sollten die ganze Nacht über fortgeführt werden. Im Laufe der Nacht wurde die Leiche Rathenaus nach dem Reichstag überführt.

Als Trauerkundgebung für Rathenaus hat das Reichskabinett, wie im Reichsrat mitgeteilt wurde, die Anordnung

getroffen, daß am Dienstag nachmittag von 2 Uhr ab der Straßenbahn- und der Verkehrsdienst ruhen soll. Der Telephon- und Fernsprecherdienst, sowie der Eisenbahnverkehr sollen aufrechterhalten werden, aber soweit es der Dienst erlaubt, sollen die Beamten beurlaubt werden. Ueber die für heute vorzulesende Arbeitstube ist zu melden: Mittags um 12 Uhr beginnt die Arbeitstube. Sie dauert einen halben Tag. Am Mittwoch früh wird überall die Arbeit wieder aufgenommen. Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Zum Zeichen der Trauer um den ermordeten Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau bleibt die Börse heute für jeden Verkehr geschlossen.

Stillestand der Reichseisenbahnen.

Amlich wird aus Berlin mitgeteilt: Wegen der heute mittags 12 Uhr stattfindenden Trauerfeier für den ermordeten Minister Dr. Rathenau wird zur ausdrücklichen Kundgebung der Teilnahme der Reichseisenbahnen um 12 Uhr mittags auf 5 Minuten der gesamte Ausgaberkehr auf Strecken und Stationen stillgelegt werden. Die Angabe von anderstehenden Seiten für diese Stilllegung ist ungenügend. Die Behörden im ganzen Reiches fangen heute, Dienstag, halbschwarz.

Die Arbeitstube in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Infolge der für heute angesetzten Trauerfeierlichkeiten und der damit in Zusammenhang stehenden Arbeitstube auch in den Zeitungsbetrieben, erscheinen die Berliner Zeitungen weder Dienstag abend noch Mittwoch früh.

Trauerfeier in Thüringen.

Auf Wunsch des Thüringischen Staatsministeriums sind am Mittwoch, den 28. Juni, in allen öffentlichen Schulen Thüringens würdige Trauerfeiern für den ermordeten Reichsminister Dr. Rathenau zu veranstalten.

Beileidtelegramm des Reichspräsidenten.

Aus Anlaß der Ermordung Rathenaus sandte der Reichspräsident dem Reichskanzler folgendes Telegramm: „Der Reichspräsident spreche sich zu dem schweren Verluste, der die durch das plötzliche Dahinscheiden des Reichsministers Dr. Rathenau betroffen hat, mein herzlichstes Beileid aus. Der feige Mord beraubt die Regierung eines hochbegabten tatkräftigen Mitarbeiters, dessen erfahrener Rat in dieser Zeit besonders schwer entbehrt werden wird. Auf dem Wege, den Rathenau bisher mit uns gegangen ist, wollen wir, sein Andenken in Ehren haltend, fortfahren und weiterarbeiten an der inneren Gestaltung unseres Volkes und an der Festigung und Weiterentwicklung des Reiches. Reichspräsident Ebert.“

Beileid des Auslands.

Lord George hat dem Reichskanzler folgende Trauerbotschaft übermittelt: „Mit tiefem Bedauern habe ich die Nachricht vom Tode Dr. Rathenaus erhalten und möchte meinem Abscheu vor dem entsetzlichen Verbrechen Ausdruck geben, durch welches das deutsche Volk eines seiner ausgezeichnetesten Vertreter beraubt worden ist. Die ganze Welt muß Männern Ehre zollen, die, wie er es tat, im Dienste des Volkswohles den Gefahren eines öffentlichen Lebens trotzen. Uebermitteln Sie bitte meiner Familie mein herzlichste Mitgefühl.“

Der italienische Ministerpräsident de Facta sprach dem Reichskanzler in folgendem Telegramm sein Beileid aus: „Mit tiefem Schmerze erhalte ich die Nachricht vom Tode des Herrn Dr. Rathenau. Deutschland verliert in ihm einen hervorragenden Mann, dessen Kultur und Geist alle bewundern. Ich erinnere mich der Zeit, die ich mit ihm in Genua verbrachte, und der Sympathie, die er einflößte. Ich bitte Sie, das tiefempfundene Beileid entgegenzunehmen, das die italienische Regierung und ich mit lebhafter Anteilnahme übermitteln. — Der italienische Minister des Auswärtigen Schanzer richtete aus Rom an den Reichskanzler folgendes Telegramm: „Auf meiner Fahrt durch Deutschland nach London erfuhr ich die Trauernachricht von dem erbärmlichen Verbrechen, dem Minister Rathenau zum Opfer fiel. In Genua habe ich die Eigenschaften dieses hervorragenden deutschen Staatsmannes schätzen gelernt und ich mache mir klar, was Ihr Land durch seinen frühen Tod verloren hat. Ich bitte Sie, die Versicherung meiner aufrichtigen Teilnahme an Ihrem und des deutschen Volkes Schmerze entgegenzunehmen.“

Die sächsische Regierung an die Reichsregierung.

Die sächsische Regierung hat an den Reichskanzler Dr. Wirth folgendes Telegramm gerichtet: „Die Botschaft von der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau hat die Regierung des Freistaates Sachsen mit tiefer Trauer und Empörung erfüllt. Nach dem ruchlosen ungeheilten Mord am Abgeordneten Erbacher ist jetzt ein neues, unerhörtes Verbrechen von den nationalsozialistischen Kreisen verübt worden. Noch ist der Anschlag auf den Abgeordneten Scheldemann ungeklärt. Der Mordanschlag an Rathenau wirkt um so erschütternder, als er einen Mann traf, dessen reiches Wissen anerkannt wurde und der mit feinem Willen im Begriff war, den gangbaren Weg für Deutschland aus dem Elend der Kriegsjahre zu finden. Die Regierung des Freistaates Sachsen ist mit dem Herrn Reichskanzler der Meinung, daß es sich bei dem Mordanschlag um einen besonders angelegten organisierten Plan handelt, der von den nationalsozialistischen Parteien begünstigt worden ist. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung alles tun wird, um neue Mordanschläge zu vereiteln und glaubt, daß bei aller Wahrung der Meinungsfreiheit doch alles getan werden muß, um der nationalsozialistischen Gefahr Einhalt zu tun und die arbeitenden oder offenen staatsfeindlichen Organisationen zu unterdrücken. Die Regierung des Freistaates Sachsen hat von sich aus bereits alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen und ist bereit, die Reichsregierung in ihrem Kampf gegen die konterrevolutionären Bestrebungen mit Hilfe der Arbeiterschaft zu unterstützen. Sie spricht der Reichsregierung die herzlichste Teilnahme an dem erlittenen schweren Verlust aus und bittet dies auch der Familie Rathenau zu übermitteln.“

Beamtenchaft und Republik.

Der Hauptvorstand der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes hat in einer außerordentlichen Sitzung zur innerpolitischen Lage Stellung genommen und eine Erklärung beschlossen, in der er aus schärfste den ungenügenden Mord an Rathenau verurteilt und sich voll und ganz hinter die Kundgebung des Reichskanzlers stellt. Die Landesgruppe ruft die Beamten und Lehrer im Freistaat Sachsen auf, sich, soweit sie dienstfrei sind, unbedingt an den Kundgebungen für die Republik zu beteiligen, da es in diesen Tagen nicht zu verläugnen ist, daß die Schutze der Republik für einen geregelten Dienst notwendig ist, fordert die Landesgruppe weiter auf, alle Kräfte unbedingt in den Dienst des Staates zu stellen. Sie erklärt, daß sie ihre Dienste reiflich der verfassungsmäßigen Regierung zur Verfügung stellt und jeder auf nicht verfassungsmäßigen Wege an die Regierung ihre Dienste vermweigern werde.

Die Zeitung des Deutschen Beamtenbundes hat ebenfalls ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, in dem der Deutsche Beamtenbund seiner tiefsten Empörung über das erneute verabscheuungswürdige Verbrechen an einem leitenden Staatsmann Ausdruck gibt und erklärt, daß er fest hinter die Reichsregierung steht und sie in allen zum Schutze der Republik notwendigen Maßnahmen aufgeschlossenheit und tatkräftige Unterstützung werde. Ferner hat die Bundesleitung die angeschlossenen Organisationen ersucht, sich in weitestgehender Weise an den Kundgebungen zum Schutze der Republik zu beteiligen.

Der Vorstand der deutschnationalen Volkspartei

erläßt eine Kundgebung an die Parteimitglieder, in der die Behauptung zurückgewiesen wird, daß die Partei für den Mord verantwortlich sei. In der Erklärung heißt es: „Mit Verbrechen und Mordtaten hat die deutschnationale Volkspartei nichts gemeint. Die Kundgebung veranlaßt von der Regierung, daß sie die deutschnationale Volkspartei und die in ihr vereinigten deutschen Wähler und Mitarbeiter gegen verlogene und hasserfüllte Verleumdungen in Schutz nimmt. An die Freunde der Partei im Lande richtet der Parteivorstand die Aufforderung, völlige Ruhe zu bewahren.“

Die sächsische demokratische Partei

erläßt folgenden Aufruf: „Mit Entsetzen erfüllt uns die Kunde, daß der Reichsminister Rathenau ermordet ist. Wir beklagen in ihm einen der besten des deutschen Volkes und unserer befreiten Führer. Die Substantia richtet sich aber nicht nur gegen den höchsten Staatsmann, sondern viel mehr noch gegen die Republik selbst. Daran empfinden wir uns als Kampfanlässe auch an uns, da wir uns als Partei verpflichtet fühlen, die Republik zu schützen und die Verfassung zu wahren. Erwarten ist der Mord auf dem augeblichsten Boden nationalsozialistischer Verheerung. Gegen sie erheben wir unsere Stimme. Wir rufen das sächsische Volk auf, sich zum inneren Aufschrecken zum Schutze der Republik und der gemeinsamen politischen Arbeit auf dem Boden der Verfassung.“

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände

erläßt folgenden Aufruf: „Das an dem Reichsminister Dr. Rathenau begangene schandvolle Verbrechen gemeiner Mordelmsünde muß für das Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland die nachteiligsten Folgen haben. Die deutsche Volkswirtschaft erleidet dadurch neuen unermesslichen Schaden. Die Lage der Arbeiterschaft wird weiter verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit wird beeinträchtigt, wenn Mord- und Unrechtsgefühle sich breit machen. Soll das Schicksal für unser Volk abgemindert werden, so ist es dringend notwendig, daß alle Kräfte, die sich auf den Boden der bürgerlichen Verfassung stellen, unbefähigt um ihre sonstige Parteilichkeit, fest zusammenstehen. Wir fordern daher alle unsere Mitarbeiter und Freunde auf, sich überall zum Schutze dieser Verfassung bereitzustellen, an der Aufrechterhaltung der Ordnung sich zu beteiligen und mit Entschiedenheit allen Bestrebungen entgegenzutreten, die sich gegen die Verfassung wenden. Die im Gewerkschaftsbund organisierte Arbeiterschaft ist der fortwährenden Hebung durch verfassungsmäßige Elemente müde. Sie verlangt Ruhe und Ordnung, um ihrer Arbeit zum Segen unseres Volkes nachgehen zu können und wird alles tun, um das Volk vor neuen Schädigungen zu bewahren.“

Die Nachforschungen nach den Mördern.

Der Chef der Berliner politischen Polizei Dr. Weiß erklärte in einer Unterredung einem Mitarbeiter des Tageblatt, daß die Nachforschungen nach den Mördern Rathenaus bis in die kleinsten Details organisiert seien. Im Laufe des gestrigen Tages seien in Berlin mehrere wichtige Verhaftungen vorgenommen worden, die zu einer Klärung des Mordattentats führen könnten. Eine der Haupttätigkeiten der Polizei ist die Durchsicht der zahllosen Trobriete, die Rathenau besonders in den letzten Wochen erhalten hatte. In diesen Briefen ist durchweg von Attentatsplänen die Rede. Die Versuche, die Verfasser dieser Schriftstücke zu ermitteln, nehmen außerordentlich viel Zeit in Anspruch und gestalten sich zum Teil sehr schwierig. Die Dr. Weiß weiter erklärte, haben in Berlin bei den politischen Organisationen, insbesondere bei antisemitischen Verbänden Hausdurchsuchungen stattgefunden. In den Büros des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten sei außerordentlich wichtiges Material beschlagnahmt worden. Auch bei Hausdurchsuchungen in den Räumen der Organisation Rothbach in Wannsee bei Berlin sei eine Anzahl Parteei beschlagnahmt worden. Der Student Werner Reich, der im Reichstage dem Abg. Löfflerich einen Lorbeerstrauß mit einer schwarz-weiß-roten Schleife überreichen wollte, sei nach seiner Freilassung gestern wieder verhaftet worden, da jetzt beschlagnahmtes Material über sein Vorleben ermittelt worden sei. Reich soll u. a. mit Gerhardt intum besessen worden sein. Zur Verhaftung Karl Allessens bemerkte Dr. Weiß, daß sich verschiedene Zeugen gemeldet hätten, die Allessens am Mordtage in Berlin gesehen haben wollten. Allessens werde von Hensburg, wo er festgenommen worden ist, nach Berlin gebracht werden, um hier vernommen zu werden. Es ist weiter festgestellt worden, daß die Täter bei der Ausführung des Mordes ein Auto der Firma Opel benutzt haben.

Wie der „Lokalanzeiger“ noch mitzuteilen weiß, seien bei der Durchsichtung des der Polizei zugegangenen umfangreichen Materials wertvolle Fingerzeige gefunden worden, die vermutlich auf die Spur der Mörder führen. Dr. Weiß habe sich mit zahlreichen Volksethikern und mehreren Autos gestern in den späten Abendstunden aus dem Polizeipräsidium entfernt, um diesen Spuren nachzugehen. Die Spuren sollen auf deutsch-sächsische Geschworenenkreise hindeuten. Wie der „Lokalanzeiger“ weiter meldet, haben gestern auch im Büro des Landesverbandes Berlin der deutschnationalen Volkspartei Durchsuchungen stattgefunden. Weiter wurden Durchsuchungen im Landesfrauenauschuß der deutschnationalen Volkspartei, bei der deutschnationalen Lehrerschaft und beim Jugendbund Bismarck vorgenommen. Mitgliederlisten und andere Briefschaften seien vorläufig beschlagnahmt worden.

In der Meldung über die Mordtat war ein rotbraunes Auto erwähnt worden, das in schnellem Tempo kurz nach der Verübung des Attentats an der Mordstelle vorbei gefahren war. Man vermutete, daß dieser Wagen die Aufgabe hatte, das Auto der Mörder zu decken. Dies hat sich nicht bestätigt. Es hat sich herausgestellt, daß der Wagen einem Berliner Pannsdirektor gehörte, und daß sich in ihm die Schwester des Ermordeten mit ihrem Manne und mehreren anderen Personen befand. Sie waren ahnungslos an der Mordstelle vorbeigefahren.

Von den aus Anlaß der Ermordung Rathenaus verhafteten zehn Mitgliedern der Organisation C wurden neun wieder entlassen.

Die nationalen Verbände zum Versammlungsverbot.

Dresden. Die unterzeichneten vaterländischen Verbände, welche zu der großen Kundgebung „Die Lage von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg“ für kommenden Mittwoch aufgeföhrt hatten, geben auf, daß diese Veranstaltung treffende Verbot der sächsischen Regierung hin folgende Erklärung ab: „Der Mord an dem Reichsminister Dr. Rathenau wird von uns auf das Tiefste verabscheut und bedauert. Wir legen aber dagegen Erwähnung ein, daß die Regierung ohne jede Berechtigung Regimentsstage, Lotengedenk- und Sonnenweihen als sogenannte monarchistisch-nationalistische Kundgebungen bezeichnet. Ebenso verwarren wir uns vor der gesamten Öffentlichkeit auf das Entschiedenste dagegen, daß die Staatsregierung den behaupteten Mord zum Anlaß nimmt, die erstarbende Bewegung vaterländischen Geistes zu bekämpfen, und sogar eine Kundgebung verbietet, die sich gegen die Lage von der Schuld Deutschlands am

Weltkrieg wenden sollte. Die Regierung verlegt damit wichtige deutsche Interessen. Wir können nicht annehmen, daß die Regierung ernsthaft glaubt, vaterländische Kreise seien an diesem Mord beteiligt. Wir vaterländischen Kreise verlangen daher auch in dieser Zeit sämtliche staatsbürgerliche Rechte ausüben zu dürfen und fordern nachdrücklich: 1. sofortigen Widerruf des Versammlungsverbotes, 2. Zurücknahme der Ausnahmeverordnungen der sächsischen Staatsregierung und des Reichspräsidenten vom 24. 6., 3. Energetische Schritte zur Aufklärung des Mordes an Rathenau, 4. Gleichstellung aller Deutschen, unbeschadet ihrer politischen Gesinnung vor dem Gesetze. Die unterzeichneten Verbände behalten sich vor, von der Staatsregierung Ersatz für die Aufwendung zur Vorbereitung ihrer rechtlich zulässigen Veranstaltung zu fordern. Väterlandischer Auschuß für vaterländische Kundgebung. — Verband nationalsozialistischer Soldaten. — Deutscher Offizierbund. — Sächsischer Militärvereinsbund. — Nationalverband deutscher Offiziere. — Dresdener Bürgerrat. ges. J. A. Dr. Dept.“

Versammlungsverbot und Beschlagnahme.

Vom Polizeipräsidium ist auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. 6. 22 die für gestern 8 Uhr im Bürgeraal zu Frankfurt a. M. angelegte Versammlung des deutschnationalen Schutz- und Trutzbundes sowie die für Donnerstag abend angelegte Versammlung der nationalsozialistischen Arbeiterbewegung Ortsgruppe Frankfurt a. M. verboten worden. Ferner wurde auf Grund der Verordnung die Ausgabe Nummer 24 der hier erscheinenden deutschnationalen Rundschau wegen Beschlagnahme der Reichsflagge beschlagnahmt und eingezogen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Unabhängigen wollen in die Regierung einziehen. Wie nach dem Berliner Tageblatt verlautet, haben die Unabhängigen mit beträchtlicher Mehrheit beschlossen, unter gewissen Bedingungen in die Reichsregierung einzutreten.

Lieferung von Vinsanen. Die „Agence Havas“ meldet aus Paris, Deutschland habe mit der Lieferung von Vinsanen begonnen, die im Laufe eines Jahres geliefert werden müßten. Sie seien dazu bestimmt, die französischen Küstenschiffe zu ersetzen, die im Laufe des Krieges verloren gingen. Die erste Lieferung ist unterwegs.

Bedenken gegen das Ausnahmegericht in Bayern. Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat im Landtage eine Interpellation eingebracht, in der sie der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. Juni Stellung genommen wird, und in der die schärfsten Bedenken gegen diese tief in die Selbstrechte der einzelnen Länder eingreifenden Bestimmungen geltend gemacht werden.

Der Dollar- und Kronentendenz. Der Dollar notierte gestern mittags 12 Uhr bei etwas schwächerer Tendenz 346 1/2. Die schwedische Krone notierte 860.

Der gestrige Ministerrat. Gestern nachmittag 6 Uhr fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein Ministerrat statt, der sich mit dem Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik beschäftigte. Wie die Z. U. erzählt, wird die Weiterberatung dieses Gesetzesmorses in einer Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, die für heute nachmittag 4 Uhr angelegt ist.

Die Preise und Quantumsfrage bei der Getreideumlage noch nicht gelöst. Im volkswirtschaftlichen Auschuß des Reichstages kam es bei der Preisfestsetzung für die Getreideumlage zu einer ausführlichen Diskussion. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, da alle eingebrachten Anträge nacheinander abgelehnt wurden, ebenso auch die Regierungsvorlage. Mit Unterstützung der S. U. D. und U. S. V. D. wurde dann ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach die aus dem Umlagegetreide anfallende Rente den Lieferanten des Getreides anteilmäßig zu einem in angemessenem Verhältnis stehenden Preise angeboten werden soll. Somit war die erste Lesung des Gesetzes beendet und der Auschuß vertrat sich.

Störung eines Regimentsstages. Bei dem in Freiburg abgehaltenen Regimentsstage des früheren Infanterieregiments 142 kam es zu mehreren Zwischenfällen. Eine Gruppe von etwa 100 Personen, die von einer Protestkundgebung gegen die Ermordung Rathenaus kam, forderte in den einzelnen Stadtteilen die Entfernung der schwarzweißroten Fahnen und Flaggen, mit denen anlässlich des Regimentsstages die Häuser geschmückt waren. An einer Anzahl Häuser, an denen ihrer Aufforderung nicht sofort nachgegeben wurde, wurden die Fahnen heruntergeholt, verbrannt und zerissen. Die Fahnen in den baulichen Farben blieben unbedeutend. Die Inassen eines Autos, die durch ihre Ordensauszeichnungen als Teilnehmer des Regimentsstages zu erkennen waren, wurden aus dem Wagen herausgeholt und mit Stöcken gefoltert.

Republik Oesterreich.

Wiederannahme des Verkehrs. Der Telefon- und Telegraphendienst ist in der Nacht zum 28. d. M. wieder aufgenommen worden. Der Beschluß wurde auf Grund der Verhandlungen, die den ganzen Tag dauerten, spät abends in einer Vertrauensmännerversammlung der österreichischen gefaßt. Einzelheiten über das Ergebnis der Verhandlungen sind zur Zeit noch nicht bekannt, begreifen auch noch nicht, wann der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen wird. Dagegen sind gestern nachmittag 6 Uhr die sächsischen Straßenbahnen wegen Lohnforderungen, über welche mit der Stadtverwaltung keine Einigung erzielt werden konnte, in den Streik getreten. In Wien herrscht Ruhe.

Italien.

Kardinal Balice di Bonzo ist gestorben.

Mexiko.

Der Arbeiterverband unterstützt die Regierung in der Sowjetfrage. Newport Herald meldet, daß auf der Konferenz des amerikanischen Arbeiterverbandes in Cincinnati eine Entschließung, in der die amerikanische Regierung aufgefordert wurde, Sowjetrußland förmlich anerkennen, überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde. Dagegen fand eine Entschließung Annahme, die die politischen Methoden der Sowjetregierung verurteilt und Amerikas amtliche Haltung gegenüber der Sowjetregierung billigt.

Sina.

Verzicht auf Gehalt. Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Peking hat der neue Präsident Yuananung mit Rücksicht auf die Armut der chinesischen Staatskasse dem Staatssekretär für Finanzen Tangfang mitgeteilt, daß er auf sein Gehalt, das sich jährlich auf 350000 Dollar beläuft, verzichtet.

Der Reichsrat

Beschäftigte sich in seiner öffentlichen Sitzung am Montag nachmittag mit den fünf Gelegenheitswahlen über Oberschlesien, die weitere Vereinbarungen mit Polen betreffen. Alle Gelegenheitswahlen wurden angenommen. Der Gelegenheitswahlen über Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Not der Presse wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Das Reichsjugendmobilitätsgesetz wurde nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen. Angenommen wurde der Nachtrag zum Etat, die Erhöhung der Feuerungs- und Rinderzulagen um 40%, betreffend. Thüringen und Braunschweig stimmten dem Gesetz nicht zu, weil es den Beamten nicht genug bietet.

Aus Oberschlesien.

Infolge übermäßigen Andrängens von Arbeitern aus ganz Polen nach Oberschlesien erklärt das Komitee der Verbände der polnischen Berufsvereinigungen eine Bekanntmachung, demzufolge die Gewerkschaften grundsätzlich Arbeitern, die von jenseits der Grenze Oberschlesiens herkommen, keine Arbeit anweisen, da sich in Polnisch-Oberschlesien noch ungefähr 4000 polnische Arbeiter aus Deutsch-Oberschlesien ohne Arbeit befinden. So lange der letzte ober-schlesische Arbeiter nicht untergebracht ist, werde kein Arbeiter von jenseits der Grenze Oberschlesiens Arbeit erhalten.

Eine lebhafteste Schieferei setzte gestern früh gegen 4 Uhr in der Richtung Kohberg und Scharley ein. Deltige Sandgranatbetonationen, Gewehr-, Maschinengewehr- und Revolvergeschosse wurden über das Gelände geschleudert. Die Schieferen der Grenze verblühten, die durch einen Gegenstoß verhindert wurde.

Am Sonntag vormittag erfolgten im Schwientochowitzer Landratsamt im Beisein von Vertretern der Interalliierten Kommission die Hebergesetzergebnisse, worauf die polnische Flagge gehißt wurde. Dabei präsentierten eine Grenzkommission der Franzosen. In Tarnowitz wurden nachmittags in Anwesenheit der Mitglieder der Interalliierten Kommission die Fahnen Englands, Frankreichs und Italiens niedergebittet und bald darauf die polnische Flagge gehißt. Die polnischen Truppen zogen gestern in Tarnowitz ein. In der dritten Hufe fand vorgestern der Flaggenwechsel statt. In der Stadt Hohenberg herrschte großer Jubel unter der Bevölkerung, als die deutsche Flagge in die Höhe gezogen wurde. Gestern zog die Reichswehr ein.

England für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George auf die Frage, wie sich die britische Regierung zu der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stelle, diese Frage bezügle England nicht allein. In erster Linie gehe sie Deutschland selbst an. Aber soweit die britische Regierung von dieser Angelegenheit berührt werde, werde sie den Vorschlag, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, unterstützen.

Schließung von Bäckereien und Brotfabriken.

In Danzig und Danzow sind seit gestern sämtliche Bäckereien und Brotfabriken geschlossen, da das Wirtschaftsamt die verlangte Verdienstsicherung erhebt hatte. Der Senat hat, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu gewährleisten, die Räume und Einrichtungen der Brotfabrik „Germania“ polizeilich beschlagnahmt. Die Herstellung von Brot wird durch die Technische Nothilfe und Beamte, die gelehrte Bäcker sind, durchgeführt.

Ankunft der Russen im Haag.

Drei Mitglieder der russischen Delegation Witwinow, Krekutschin und Sokolnikow sind gestern nachmittags 1 Uhr über Berlin-Amsterdamer auf dem Haager Bahnhof eingetroffen. Dort wurde der Schlafwagen abgehängt, in dem die russischen Vertreter gerast waren, und an eine Lokomotive gehängt, um nach Scheveningen weiter zu fahren, wo sie im Orange-Hotel untergebracht wurden. Im Haager Bahnhof befanden sich zahlreiche Journalisten und mehrere Polizeibeamte. Die Journalisten versuchten sich mit Witwinow, der am geöffneten Kupefenster saß, in Verbindung zu setzen. Aber die Polizei hinderte die Journalisten daran und schloß das Fenster des Schlafwagens. Um 5 Uhr nachmittags wollte Witwinow Pressevertreter empfangen, um ihnen Mitteilungen zu machen.

Denke abend wird der Präsident der Konferenz Sachin die Russen im Orange-Hotel besuchen, um ihnen mitzuteilen, welche Beschlüsse bereits gefaßt sind. Am Mittwoch wird die Konferenz aufzunehmen und den Bericht der Russen betreffend die Einlegung der russischen Vorläufigen Entschlüsse entgegenzunehmen. Man hofft, daß inzwischen auch Krassin und Platonow eintreffen werden.

Die „Daily Mail“ melden, daß Schanzer und Lloyd George u. a. auch die Frage betreffend Deutschlands Anschluß an den Völkerbund besprochen haben.

Vanderbelde über seine Moskauer-Reise.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht den Bericht Vanderbelde über seine Tatkraft und Ergebnisse in Moskau, der wie folgendes entnehmen: In Moskau angelangt, wurden wir auf dem Bahnhof von Delegierten des Volkskommissariats für Justiz sehr herzlich empfangen. Als wir den Bahnhof verließen, stand auf dem Platz eine Menge von zwei- bis dreitausend Personen, die uns heftig beschimpfte. Es ist außer jedem Zweifel, daß diese Kundgebung sehr sorgfältig vorbereitet war. Das ging bereits aus der Tatsache hervor, daß zahlreiche Demonstranten Tafeln trugen mit Aufschriften in deutscher und französischer Sprache. Alles deutete darauf hin, daß diese Demonstration veranstaltet worden war, um als Vorwand für die angeblich notwendigen Schutzmaßnahmen zu dienen, die in Wirklichkeit lediglich Ueberwachungsmaßnahmen werden sollten. Im übrigen dürften die Bedingungen unseres Aufenthaltes mit denen der deutschen Friedensdelegation in Versailles zu vergleichen sein. Unsere Schutzwache hatten nämlich den Auftrag erhalten, zu verhindern, daß wir in der Folge mit gewissen Kreisen von Personen in Verbindung treten. Wir dürften uns wohl mit unseren russischen Mitbewerbern treffen, aber nur in einem bestimmten Büro eines besonders bestimmten amtlichen Sowjet-Gebäudes, dagegen durften wir nicht zu ihnen gehen und sie auch nicht zu uns. Der englische Landessattache hatte mich zum Tee geladen. Es wurde mir verboten, dort hinzugehen, mit der Begründung, daß die Sowjet-Regierung nicht gestatten könne, in Verbindung mit den Vertretern kapitalistischer Regierungen zu kommen. Ueber die Gründe, die uns veranlassen, die Vertreibung niederzuliegen, haben Rosenfeld, Niebeck und ich ein gemeinsames Exposé und Manifest unterschrieben, das der sozialistischen Presse Europas gleichzeitig zugehen wird. Ich will mich daher darauf beschränken, als Grund unserer Adresse die Verletzung der Berliner Vereinbarungen in dreifacher Hinsicht hervorzuheben: — Das Berliner Abkommen hatte drei Punkte gewährleistet: 1. Die freie Wahl der Vertretung, 2. die volle Offenheit der Verhandlungen, 3. die Nichtbeurteilung von Todesurteilen.

Demgegenüber erklärte das Gericht von Anfang an, daß es die Berliner Vereinbarungen nicht anerkenne. Es sei denn, daß es dahingehende Instruktionen der Sowjet-Regierung erhalte! (Mein diese Erklärung war für unsere europäischen Begriffe von der Unerblichkeit der Gerichtsbarkeit eine Ungehörigkeit!) Die Vertreter der Sowjet-Regierung, die öffentlichen Ankläger Krolenski und Lunatscharski erklärten ebenfalls, daß das Gericht sich um die Berliner Vereinbarungen nicht zu kümmern habe. In Anbetracht dieser Stellungnahme des Gerichtes der Sowjet-Regierung und der 3. Internationalen des kommunistischen Abkommens und in vollem Einverständnis mit den Angehörigen, die selbst den Standpunkt vertraten, daß unsere Anwesenheit in Europa nötiger wäre, als unter diesen Umständen in Moskau, legten wir die Vertreibung nieder. Die Angeklagten haben dabei hervor, daß die Anwesenheit ausländischer Verteidiger einen Schein von Autorität diesem Prozeß verleihen könnte, der nur noch als eine Quasikommunikation angesehen ist.

Verliches und Säulliches.

Mies, den 27. Juni 1922.

— Trauerkundgebung für Rathenau. Die Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht eine Verordnung des Reichsvertretenden Ministerpräsidenten, wonach heute die öffentlichen Gebäude, Schulen und aus Staatsmitteln unterhaltenen Stützungsgebäude aus Anlaß der Beilegung Rathenaus auf Halbtag zu schließen sind.

— Weiterer Einbruchversuch. Der gestern erwähnte Einbruchversuch in ein Schnittwarengeschäft fand in der Nacht zum 25. Juni statt. In der ersten Stunde derselben Nacht ist auch im Geschäftsladen des Mechanikers A. Bley einbruchversucht worden. Der Täter hat sich mittels Nachschlüssels Zugang in das Grundstück verschafft und in dem Hausflur durch Herschneiden der Klingelbrüche und Durchbohren des Glockensprengels die Alarmanlage außer Betrieb gesetzt. Der Geschäftsinhaber ist durch das Geräusch aufmerksam geworden und hat den Einbrecher verhaftet. Sachdienliche Wahrnehmungen wollte man der Polizei melden.

— Ministerpräsident Buchs Besuch in Bayern. Auf Wunsch der Anwesenheit des sächsischen Ministerpräsidenten Buchs in München hatte der sächsische Botschafter am Sonntag abend an die führenden Persönlichkeiten der Politik, der Wissenschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes Einladungen zu einem Abendessen ergehen lassen. Es waren u. a. erschienen Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, mehrere andere Staatsminister, der Vertreter der Reichsregierung Graf Koch, und der württembergische Botschafter. Buchs betonte in seiner Ansprache vor allem die Pflege eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Bayern und Sachsen. Gestern hatte Buch offizielle Besuche ab.

— Lokal-Erfindungsschau vom Patentbüro Krueger, Dresden-V. Willi Fleischer, Großenhain; Progenkopf mit auf- und abwärtsbarem Verstellknopf. (Sm.) — Richard Kühne, Kommahaus; Dampfzerker in Plattenform. (Sm.) — Arthur Reihner, Großenhain-Mühlitz und Max Albert, Großenhain; Vorrichtung zum Abteilen von Ballen verschiedener Größe beim Pressen von Stroh und dal. (Sm.) — Rieseher Badosen- und Gerbfabrik Riehlina, Matula & Co., Mies; Räucherapparat. (Sm.) — Gust. Sabu, Mies; Blombenmaschine. (Sm.) — Franz Scholz, Mies; Mit Robriano vereinigt Mutterkloß. (Sm.) — Großenhainer Weblühl- und Maschinenfabrik U. O. Großenhain; Bremsvorrichtung für die frei drehbare Schleifdornspindel von Werkzeugmaschinen. (Sm.)

— Vereinigung christlich-gesinnter Eltern. Unter Hinweis auf die Einladung in den Vereinsnachrichten, der getriggen Nummer machen wir darauf aufmerksam, daß am Donnerstag-Abend (8 Uhr) im Jugendheim eine Versammlung der Vereinigung christlich-gesinnter Eltern stattfindet. Es liegen sehr wichtige Besprechungen vor. Vollständiges Erscheinen ist deshalb dringend nötig.

— In der neuen spanischen Kollektion. Der Vorstandrat des Verbandes Sächsischer Industrieller besaßte sich in seiner letzten Sitzung unter anderem auch mit der von der spanischen Regierung mit Wirkung vom 1. Juni angeordneten Anwendung der Koeffizienten für Länder mit mehr als 70 Prozent minderwertiger Wärla auf deutsche Waren. Der Vorstandrat begrüßte es, daß das Auswärtige Amt auf die Vorstellungen der Geschäftsführung des Verbandes hin zunächst gewisse Uebergangsbestimmungen bei der spanischen Regierung durchgesetzt hat, die gewisse Erleichterungen für die deutsche Industrie bringen. Der Vorstandrat ist aber der Meinung, daß unbeschadet dieser Uebergangsbestimmungen von Seiten der deutschen Regierung mit allem Nachdruck der weitere Abbau und die vollständig völlige Beseitigung dieses Zollabfalles angestrebt werden muß, da die Voraussetzungen für die Erhebung dieses Zuschlages für einen großen Teil der in Betracht kommenden Waren überhaupt nicht gegeben sind und bei einer Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen der deutsche Export nach Spanien in ernster Weise gefährdet wird.

— Anträge auf Fahrpreiserhöhungen. Beim Reichsverkehrsministerium geht täglich eine außerordentlich große Zahl von Anträgen auf Gewährung von Fahrpreiserhöhungen für die bevorstehende Reisezeit ein. In welchen Fällen Fahrpreiserhöhungen zulässig sind, ist in den Tarifen genau festgelegt. Abweichungen hiervon sind nach § 6 der Verkehrsordnung nicht gestattet. Die Dienststellen und die Eisenbahndirektionen kennen diese Vorschriften und ihre Anwendungsmöglichkeit genau. Da alle beim Reichsverkehrsministerium eingehenden Anträge an die nachgeordneten Stellen zur Erledigung abgegeben werden, entsteht durch die unmittelbare Einlegung der Anträge an den Reichsverkehrsminister nur unnötiger Zeitverlust, der sogar, wenn sich die Entscheidung infolge der Weitergabe über die Zeit des Reiseantritts hinaus verzögert, den Beteiligten Nachteile bringen kann.

— Weinbölla. Am Mittwoch abends gegen 7 Uhr wurde an einem neunjährigen Mädchen, dessen Vater Schmetzriegelschmid ist und in der Heimatsortlebung, hier, wohnhaft ist, im nahen Krepper Fortmalde ein Sittlichkeitsverbrechen versucht. Der Unhold hat das Kind im Walde beim Heibelberpfücken angetroffen, es zu Boden geworfen, ihm auf Arme und Hände gekniet, damit es wehrlos war, und ihm mit der Schürze gewaltiam den Mund zugebunden, um es am Schreien zu verhindern, sodas der Mund des Kindes blutete. Darauf hat der Unmensche versucht, das wehrlose Kind zu vergewaltigen, was ihm aber glücklicherweise nicht gelungen ist. Der Polizei gelang es auch, am anderen Tage den Unhold zu ermitteln und in der Person eines bei seinen Eltern hier wohnhaften 17-jährigen Burschen festzustellen. Der Täter wurde sofort in Haft genommen.

— Dresden. Ein Trupp Deutschnationaler, die am Sonnabend abend durch Loschwitz nach dem Wachtberge zu einer Kundgebung ziehen wollten, stieß in Loschwitz mit Arbeitern zusammen. Die Sicherheitspolizei verbot die Abhaltung der Kundgebung, eine Johanniseier, auf dem Wachtberge und nahm mehreren Personen Schutzgewalt ab. Kapitän Abendroth, der trotz Verbotes seine Idee gehalten hatte, wurde auf dem Wachtberge verhaftet und befindet sich gegenwärtig noch in Gewahrsam. Die in der Stadt abends umlaufenden Gerichte, daß es bei dem Zusammenstoß Tote gegeben haben sollte, entsprechen nicht der Wahrheit. — Der ebenfalls in Haft genommene General Maerker ist nach dreitägiger Haft wieder entlassen worden.

— Blaueu. Ein schweres Automobilunglück hat sich am Sonntag in der Nähe von Kulmbach zugetragen. Der blausche Spitzenfabrikant Mutschmann machte mit Freunden, die in einem anderen Auto hinterherfahren, eine Fahrt nach Bayern. In der Nähe von Kulmbach wurde das erste Automobil in den Ghauffegraben geschleudert. Der Fabrikant hat schwere Verletzungen davongetragen. Die Frau des Fabrikanten Götter war sofort tot.

— Leipzig. Auf dem Saaubahnbofe in Königsberg erlitt der Schneidermeister Theuma aus Leipzig, als er mit dem Leipziger Männerchor einen Ausflug machen wollte, beim Beitreten des Bades einen tödlichen Schlaganfall.

— Leipzig. Dresdener Blätter haben am Montag eine Nachricht veröffentlicht, wonach betrunzene französische Offiziere am Freitag in der Vorderwallstraße in Leipzig in die Menschenmenge gefeuert und dabei zwei Weiterreicher schwer verletzt haben sollen. Ebenso habe vor der Infanteriekaserne eine lebhafteste Schieferei stattgefunden, wobei angeblich mit Handgranaten geworfen und mit Maschinengewehren geschossen worden sei. Eine Vorderwallstraße gibt es nicht in Leipzig. An ausländischer Seite ist von dergleichen Vorfällen nichts bekannt. Am Donnerstag ist

lediglich eine internationale Kommission zur Besichtigung einzelner Kasernenanlagen in Leipzig gemeldet. Der Besuch ging in den gewohnten Formen vor sich. Am Sonnabend haben auf dem Kasernenhof Ablübungen mit Maschinen-gewehren stattgefunden, bei denen nur Wappatronen benutzt wurden. Danach ist die Nachricht unzutreffend.

Bermittliches.

Die russischen Flüsse als Massenarbeits nach in Sankt Petersburg eingetroffenen Nachrichten hat die Schneeschmelze und das Auftauen der russischen Flüsse Tausende von Leichen bloßgelegt. Ein einzelner Fluß namens Ulef warf an einer Fluhblegung etwa 10 000 Leichen ans Ufer. Die Leichen liegen überall in den Feldern herum. Die Sonne brennt auf sie nieder, und neue Kranke treten mit großer Schnelligkeit auf, u. a. Woden, Straße und Ostentrie. Die Behörden stehen den neuen Epidemien machtlos gegenüber.

Schweres Unglück auf dem Wannsee. Ein Segelboot kam in voller Fahrt auf den in voller Fahrt befindlichen Sternsdampfer „Perlin“. Der Sternsdampfer fuhr auf das Boot auf und brachte es zum Kentern. Das letztere war mit drei Personen besetzt, von denen sich nur eine retten konnte.

Raubüberfall auf einen Franzosen. In der vorletzten Nacht wurde vor seiner Wohnung in der Kirchbachstraße in Berlin der 30-jährige Beamte der Reparationskommission Jen Goward, der französischer Staatsangehöriger ist, von mehreren Männern überfallen und an Boden geschlagen. Passanten fanden ihn mit stark blutenden Kopfunden auf und alarmierten die Wollowache. Als mehrere Beamte erschienen, bemächtete sich der 19 Jahre alte Arbeiter Karl H. um den Verletzten. Da er mehrere Kopfunden anwies, über deren Entzehen er ausweichende Angaben machte, wurde er unter dem Verdacht seiner Beteiligung an dem Überfall der Kriminalpolizei übergeben. Goward vermisst seine Brieftasche mit 8000 Mark. Er war so schwer verletzt, daß er ins Elisabethkrankenhaus gebracht werden mußte.

Kunst und Wissenschaft.

Der Leipziger Männerchor, der auf der Ostmarkenfahrt bearbeitet ist, traf am Sonntagnachmittag von Elbing kommend in Königsberg ein und veranstaltete in der großen Festhalle des Tiergartens unter Mitwirkung der Leipziger Sängerin Fräulein Wader ein Konzert, das einen glänzenden Verlauf nahm. Vor Beginn der Vorträge wurden zwischen dem Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer namens der Stadt Königsberg und Rechtsanwalt Wreht für den Leipziger Männerchor herzliche Worte des Willkommen und des Dankes ausgetauscht. Die Darbietungen des Vereins unter der musterhaften Leitung Prof. Wolgastmuts erredeten rauschenden Beifall, in dem in gleicher Weise der Dank für den Besuch der Leipziger Gäste wie die ungeschwächte Anerkennung ihrer hervorragenden Leistungen zum Ausdruck kamen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 27. Juni 1922.

Dr. Wirth mit den Geschäften des Außenwirtschafts beauftragt.

X Berlin. Der Reichspräsident hat den Reichsanwalt Dr. Wirth bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Reichsministers des Auswärtigen beauftragt.

Wichtigste Unterbrechung der Reichstags-Sitzungen.

X Berlin. Der Reichstagsrat des Reichstages beschloß, daß in dieser Woche nur noch Mittwoch, Freitag und Sonnabend Plenarsitzungen stattfinden sollen. Der Donnerstag bleibt als katholischer Feiertag feiertagsfrei. Das Gesetz zum Schutze der Republik und das Amnestiegesetz sollen noch erledigt werden. Dann wird eine kurze etwa achtstündige Pause eintreten und danach werden die drei Steuererträge Zwangsanleihe, Verringerung der Einkommensteuer und Gesetz bezüglich Verringerung der Erbschaftsteuer zur Beratung gelangen.

Vorbereitungen von der Reichsregierung.

* Chemnitz. Die Vertreter der drei Arbeiterparteien sowie der freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestelltenorganisationen haben, wie der „Kämpfer“ berichtet, folgendes Telegramm an die Reichsregierung geschickt: Sämtliche politischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestellten-Organisationen des Chemnitzer Industriebezirks fordern von der Reichsregierung die unverzügliche Durchführung folgender Maßnahmen: Sofortige Amnestie für die proletarischen Kämpfer, sofortigen Rücktritt Helfers, Entlassung des Generals v. Seekt sowie aller offenen oder verkappten Monarchisten aus Reichswehr und Verwaltungskörpern, schleunigste Republikanisierung der Polizei- und Militärmacht, rücksichtslose Durchführung der angeforderten und getroffenen Maßnahmen gegen Antirepublikaner und sofortige Auflösung des Reichstages.

Ein Memorandum der Reparationskommission.

X London. Die „Daily Mail“ erzählt: Das britische Schahamt prüfte ein Memorandum der Reparationskommission über die Möglichkeit für Deutschland, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, sowie über die besten Methoden für die Steuerpolitik der deutschen Regierung. Die Grundzüge des Memorandums würden auf der Haager Konferenz bekannt gegeben werden. Man hofft, bis zum nächsten Monat ein Einvernehmen in dieser Frage erzielt zu haben, so daß Lloyd George in der Lage sein werde, mit Poincaré in Paris zusammenzukommen.

Keine besondere Furcht in England.

X London. Reuters erzählt bezüglich der Lage in Deutschland: Infolge der Ermordung Rathenaus in den maßgebenden Kreisen Londons herrsche keine besondere Furcht vor den deutschen Reaktionen. Man sei der Ansicht, daß die jetzige Regierung im Stande sei, allen Unlichkeiten entgegenzutreten und daß kein Grund zu den unheilvollen Gerüchten bestehe, die von gewissen Seiten aufgetaucht seien.

In diesen Tagen

wird der Briefträger zu unseren Postbesuchern kommen und das Bezugsfeld für das nächste Vierteljahr erbitten. Damit eine Unterbrechung in der Zustellung des Mieser Tageblattes zu Beginn des kommenden Monats vermieden wird, empfehlen wir die sofortige Erneuerung des Bezugsrechts beim Briefträger oder dem nächsten Postamt. — Vierteljährlicher Bezugspreis des Mieser Tageblattes durch die Post frei ins Haus 81.— Mark.

Der Haupttag der deutschen Kampfspiele verlief Sonntag in Berlin bei herrlicher Witterung ohne jede Störung und bot den etwa 20000 Zuschauern ein tief bewegendes Bild. Unendliche Ströme deutscher Jünglinge und Mädchen, eingeteilt in die verschiedenen Gruppen der Turn- und Sportverbände, entquollen mit dem Schlag der dritten Stunde dem Annahmehaus und entfalteten sich im Innenraum der riesigen Arena. Unter ungeheurem Jubel begrüßten die Zuschauer die stattlichen Abordnungen der Auslandsdeutschen, insbesondere die aus Deutsch-Oesterreich, Deutsch-Böhmen, Dänzig und dem Memellande, ferner die Abordnungen der deutschen Gebiete, in erster Linie die stattliche Garde der Oesterreicher. Wohl gerichtet umwanderten die Bände den Innenraum und schwenkten zur Hauptseite hin nebeneinander ein. Dann hielt der Präsident des Reichsausschusses Staatssekretär a. D. Lewald eine Ansprache, in der es heißt: Die wollen in den Kampfspiele unser deutsches Volkstum weit über

die weltlichen Grenzen hinaus führen und führen. Die Kampfspiele sind deutsche Volksfeste. Sie grüßen aus tiefstem Herzen die deutschen Stammesbrüder, vor allem sie aus den abgetrennten Gebieten, aus Dänzig und aus dem Memellande, die Deutschen aus Oesterreich und Böhmen, aus Liechtenstein und Tirol und der ganzen Welt. Deutsche Kampfspiele mögen fortleben von vier zu vier Jahren, ein Wahrzeichen deutscher Volkskraft, ein Ausdruck deutschen Volkstums, eine immer sich fortsetzende Reihe von Festen in eine schöne deutsche Zukunft. — Auch die Regierungen des Reichs und der Länder, sowie die fremden Gesandtschaften waren mit den aufständigen Referenten erschienen. Die Oesterreichische Regierung war durch Prof. Weich vertreten. Nach dem eindrucksvollen Weidwerk entwickelte sich im Innern des Stadions ein reges turnerisches Leben. Es begannen die von Oberturnrat Runatz geleiteten gemeinsamen Freilübungen von 4000 Turnern und Turnerinnen. Daran schlossen sich zahlreiche Freilübungen, Mastenturnen an

50 Gassen, Mastenturnen am Reichsballplatz und das Weidwerk um die Handballmehrfachbahn. **Dresdner Schlachtviehmarkt am 26. Juni 1922.** Auftrieb: Ochsen 77, Bullen 75, Kalben und Kühe 238, Rinder 531, Schafe 105, Schweine 850, zusammen 1876. Die Preise kräftig nach amtlicher Festsetzung für 50 kg Lebendgewicht: 1. Rinder: a) Ochsen: 1. 3000 bis 3200, 2. 2400 bis 2600, 3. 1800 bis 2200, 4. 1200 bis 1400; b) Bullen: 1. 2800 bis 3000, 2. 2300 bis 2500, 3. 1800 bis 2100, 4. 1300 bis 1500; c) Kalben und Kühe: 1. 3000 bis 3200, 2. 2400 bis 2600, 3. 1900 bis 2300, 4. 1400 bis 1600, 5. 800 bis 1200, 6. Rinder: 1. 2800 bis 3000, 2. 2500 bis 2700, 3. 1800 bis 2200, 4. 1200 bis 1400, 5. 800 bis 1200, 6. Schafe: 1. 2400 bis 2600, 2. 1600 bis 2000, 3. 900 bis 1400, 4. Schweine: 1. 5500 bis 5700, 2. 5700 bis 5900, 3. 4700 bis 5100, 4. 4200 bis 4500, 5. Sauen und Eber: 4500 bis 5800. Geschäftsgang: Alles langsam.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Biedermeierzeit von Anna Wolke. Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wolke-Mahn, Leipzig. **24. Fortsetzung.** Nachdruck verboten. Vorhergehend tat Lorch noch seinem Wunsche. Vom Tom bröhen die Abendsternen durch den Winterabend. Auf der langen Brücke lag der weiße Schnee wie Sammet. Das Denkmal des Großen Kurfürsten ragte fast selbstständig in den winterlichen Abendhimmel. Lorch wurde es recht beklommen an Andreas Arm. Wie eigen er war. Das Herz klopfte ihr bis zum Hals, aber reden konnte sie nicht. Auch Andreas schweigen beharrlich. Ganz unheimlich kam das Lorch vor. In der Ecke der Post- und Königsstraße blieb sie stehen. „Wollen wir nicht in die „Alte Post“, den Vater abholen?“ fragte sie höflich. „Vaterchen ist um diese Zeit immer zum Abendessen bei Ziehe.“ Andreas zog Leonores Arm fester an sich. „Nein, Kind, laß nur den Vater. Ich möchte gern mit dir erst etwas Wichtiges besprechen.“ Lorch wurde es fast schwarz vor den Augen. Die festerlich der Vater war! Sie gingen durch den Hofhof, der an der Königsstraße bis zur Spandauer Straße führte und bog in die Bischofsstraße ein. „Da ist schon unser Haus!“ rief Leonore, nur um etwas zu sagen, und deutete zu den erleuchteten Fenstern ihres Elternhauses am hohen Steinweg herüber. „Lach“, meinte Andreas und sein Atem ging schwer. „Wir gehen über den Kirchhof, da sind wir ungestört.“ Das junge Mädchen zu seinem Arm zitterte heftig. Sie mußte summen, doch die blauen Augen blickten aus dem rötlichen Gesicht in der dunklen Felzstube unruhig zu dem Vater auf. Er sah sie nicht an. Schweigend schritten sie weiter über den stillen Neuen Markt mit dem verschneiten, hohen Springbrunnen, der damals die Mitte des Platzes einnahm und Lorch dachte daran, wie sie, als sie noch ganz klein

war und mit bloßen Füßen in dem Bassin des großen Springbrunnens herumgepadelt, Andreas sie hier einmal vor dem Tode des Ertrinkens bewahrt hatte. Jetzt bog sie vom Neuen Markt in die schmale Gasse, die nach dem Marktschloß führte. Totenstill lag der Kirchhof, rings von tiefverschneiten, hohen Häusern mit Giebelbädern umgeben, war diese eingeerbete, altgewordene Kirche ein stilles, geheimnisvolles Reich für sich. Alles war dunkel, nur die altersgraue Kirche mit den dunklen, weißen Tüchern war erleuchtet. Die schweren, dunklen Tore waren zurückgeschlagen und aus der mitterleuchten Vorhalle grünte das berühmte Gemälde des Holbeinischen Totentanzes dem jungen Paar entgegen. Leonore schauerte zusammen. „Kommt fort!“ bat sie mit satternder Stimme. Sie schritten auf die andere Seite der Kirche an dem alten kleineren Kreuz vorbei, das einst die Berliner in grauer Vorzeit zur Ehre für den an dem Abt Niklas verübten Mord hatten errichten müssen und standen nun mitten auf dem Kirchhof. Lorch raffte sich zusammen. „Was hast du mir zu sagen?“ forschte sie, ihre tiefblauen Mädchenaugen fest auf Andreas gerichtet. „Es muß schlimm sein, daß du mich herüberführst.“ „Ja, Lorch, es ist sehr schlimm. Wie du mich siehst, bin ich ein Verbrecher, ein erschlossener, gemeiner Mensch, der mit sich und der Welt verfallen ist, der meint, nicht mehr leben zu können, wenn du ihm nicht hilfst.“ „Andreas!“ schrie Lorch auf und ihre Hand um seinen Hals kammern, fuhr sie fort: „Was ist es, Andreas, was dich bedrückt? Wenn ich dir helfen kann, mein Leben gäbe ich für das deine.“ „Ich weiß es, Lorch,“ entgegnete er warm und drückte heftig des Mädchens Hand. „Und weiß ich das weiß, darum flüchtete ich mich in meiner tiefen Herzensnot zu dir und bitte dich, mir zu helfen, damit ich nicht zum Schut werde und wieder ehlich meine Augen aufschlagen kann zu den Menschen.“ „Wie eigen du sprichst,“ stammelte Leonore, „du mußt krank sein!“

„Ja, das bin ich auch, krank im Herzen und krank im Gemüt, Leonore, du kannst mir helfen. Mit deiner großen, reinen selbstlosen Liebe wirst du den Verirrten auf den rechten Pfad zurückführen. Willst du das?“ „Wie könnte ich mich dessen unterfangen,“ entgegnete Leonore Bauer, „ich bin so arm und klein und unwissend, wie könnte ich dir helfen, Andreas?“ „Andreas sah ihr tief in die Augen, die so bang und doch so sehnsüchtig und vertrauensvoll in die ihren tauchten. „War sein Tun nicht Sünde?“ „Indem du mir vertraust, Leonore, indem du an mich glaubst, indem du mir beistehst, die rechte Straße zu wandern, wenn mein Fuß abirren will.“ Leonore schüttelte das Köpfchen. „Du überschätzt mich, Andreas. Ich habe ja keine Macht über dich.“ Seine Tränen stürzten dabei aus ihren Augen. „Andreas blieb stehen und nahm Lorchens beide Hände in die seinen. „Lorch, Lorch,“ entgegnete er sanft, „du hast eine große Macht, deine tiefe, reine, heilige Liebe, die du seit Kindertagen zu mir im Herzen trägst, gibt sie dir.“ „Andreas!“ rief Leonore, über und über erglühend, daß ihr wohl behütetes Geheimnis nun frei und offen vor ihm lag. Er umschloß ihre beiden Hände fester. „Du brauchst dich deiner Liebe nicht zu schämen, Kind,“ begütigte er, wenn ich diese Liebe auch nicht so, wie du es verdienst, erwidern kann.“ Lorch stand das Herz fast still. „Nähmst du mich,“ rief sie, „sprich nicht mehr davon.“ „Nein, Lorch, ich lasse dich nicht! Ich liebe dich zwar nicht mit derselben Innigkeit, wie du mich, aber deine Liebe soll mir helfen, dich ebenso innig lieben zu lernen. Willst du dieses Wert der Barmherzigkeit nicht an mir üben?“ **Fortsetzung folgt.**

Die Beleidigung, welche ich Frau Pfanz, Nies, Bettnerstr. 32, ausgeht, nehme ich als unwarhaft zurück u. warne gleich, vor weit. Gerede. Frau Dellmann, Nies, Bettnerstr. 27.

Warnung! Hiermit warne ich vor unbetragtem Betreten meiner Wiesen- und Feldgrundstücke, da unbillig Strafanzeige erfolgt. Eltern haften für ihre Kinder. **Felix Damm, Glaubitz-Sagaritz.**

Goldene Brosche verloren. Geg. Bel. abg. **Felischerei Rymus.**

Der sucht einfach **möbl. Zimmer.** Angebote unter H Q 9083 an das Tagesblatt Nies.

10-20000 M. aus Privatband gegen Sicherheit sofort gesucht. Offerten unter J Q 9084 an das Tagesblatt Nies.

Suche zum 1. Juli **1 Großwand** und **1 Werdenecht.** **Otto Raul, Niderau.**

Hausmädchen ehrlich u. fleißig, bei gutem Lohn zum 1. od. 15. Juli gesucht. **Schmitt, Bettnerstraße 11.**

Stubenmädchen sauber und im Wägen und Servieren bewandert, luche l. baldigst od. 15. Juli. Vorstellung erwünscht. **Frau W. Fandelsen, Frau W. Fandelsen, Post Krögis bei Meisen.**

Malergehilfen sucht **Emil Rost, Gröba.**

Guterh. Kinderwagen zu verkaufen **Gröba, Rosenstraße 2.**

Schnell u. zuverl. Erwickel. v. **PATENT** **M. Schütz**

Speisefartoffeln eingetroffen. **Jentner Nr. 165.** **Hans Ludewig, Gröba.** — Telefon 68. —

Gepöf. Schweinsköpfe eingetroffen, Pfund 30 Mark, empfiehlt **Paul Pfeifer, Bettnerstr. 29.** Telefon 147. Einschlagpapier bitte mitbringen.

Gasflussblowen! **Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!** Jeder Geschlechtskrankheit verleihe im zugehörigen Interesse ausführliche Broschüre über **Mantelentzündung Dr. Dammanns Heilmittel gegen Harnröhrenentzündung (Blasentzündung) u. veraltet, gegen Syphilis, auch ohne Einspritzung, ohne Salben, ohne Quacksalber und sonstige Güte, unheilvolle Anwendung, keine Beratungsstunden, Menseschwäche, sexuelle Neursachende in jedem Alter u. bei jeder Krankheit (einstufig) Weisheit, schnelle Heilung, bewährte Anwendung, Zusammenfassung kostenloser, jede Verpflichtung in versch. Brief ohne Absender, Dr. med. H. Seemann G.m.B.H. Sommerfeld 441 (Bez. Frankfurt) Lange Jahre bewährt. Tausende bewährte, Dankeschreiben, persönliche Untersuchung, Beratung u. Behandlung nur in den Spezialambulen der Dr. Dammanns'schen Heilanstalten: Berlin, Postdammerstr. 123B, 9-12, 4-7, Sonn. 10-12; Dresden, Gröbaerstr. 41, 9-11, 3-6, Sonn. 10-12; 10-12. (Mittwoch keine Sprechstunden); München, Theresienstr. 5, 10-11, 4-6, Sonn. 11-12. Zusendung der Broschüren erfolgt nur ab Sommerfeld. Leiden genau angeben!**

Buchhalterin, welche Kuchschreib- und Schreibmaschine gut bedient, für sofort gesucht. Nur vollkommen selbständige Kräfte (keine Anfängerinnen) werden gebeten. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften einzureichen an **Robert Hauswald, Solahandlung, Nies.**

Kräftige Arbeiter für Eisenkonstruktionen stellt ein **Linke-Rohmann-Lauchhammer-Aktiengesellschaft** Abteilung Stahl- und Walzwerk Nies.

Einige tüchtige Möbel- oder Bautischler welche Lust haben, auf Wägebau zu arbeiten, stellt sofort bei hohem Lohn ein **Felix Damm, Mühlenbaugehülfe** **Glaubitz-Sagaritz.**

20 tüchtige Hirschenpflücker sucht **Franz Burkhardt, Strebla, Gröba.**

Ein Käufer zu verkaufen **Krobb, Wansia.**

Ein 1 1/2 Jahre altes belg. Stutfohlen (Viehsucht) verkauft wegen Nachdruck **Franz Böller, Strebla, Gröba, Kreis Liebenwerda.**

5-6 Fuhren Pferde-Dünger verkauft **Fubraeschütz Sebott, Gröba.**

Gitarre mit Hülle (Friedensbr.) zu verkaufen **Chemnitzer Str. 9, 2. 1.**

Wegzugshalber billig zu verkaufen: **2 Radentaster mit groß. Regal, 1 Koberstühle m. Tisch u. 2 neuen Koberstühlen, Waschmaschine für Kraft- u. Handbetrieb, 1 Feldschmiede, 1 großes Feldweid, zum Fahren u. Schaulen, 2 Bettstellen, 1 H. Schrankchen, drei Werkbänke m. 6 Schubfassen u. 1 Schraubstock, versch. Werkzeug, gebr. Feilen, Meißel, Hammer usw., versch. Spielzeug bei **Arthur Jakob, Gröba, Altröckstr. 5, 1.****

Epilepsie- (Fallsucht, Krämpfe) Leidende, auch solche die alles umsonst angewandt, verl. kostenlos belohnende Broschüre. **Adler-Apotheke Sommerfeld 195 N.L.**

Bereinsnachrichten **Turnv. Nies.** Dienstag Bergn.-Aussch. i. d. Turnh. **Niesler Sportverein e. V.** Freitag außerordentl. Mitgliederversammlung 8 Uhr Schloßhof.

Hotel Höpfner, Nies. Am 29. Juni abends 7/8 Uhr. **Kapitänl. Sellmuth v. Wüde** spricht: Die Kriegsfahrt des Landungskorps **e. m. e. Emden-Ayosha** in Lichtbild und Film. Karten zu 15, 12, 10, 8 M. und Steuer im Vorverkauf in der Buchh. **Job. Hoffmann, Hauptstr. 36.** **Platz u. Schanze d. deutschen Kultur Ortsg. Dresden u. Umgeb.**

H. Richters allertwärts sehr beliebter **Tanz- und Anstands-Lehrkursus** mit Erlernung seiner gesellschaftlicher Umgangsform beginnt **Mittwoch, 2. August, im Hotel Wettiner Hof.** Damen 7 Uhr, Herren 7/9 Uhr abends. Vorberige Anmeldung in meiner Wohnung, **Albertstr. 6,** erbeten. Prospekte daselbst. **Hob. Richter, Fröh Straße** Lehrer der höheren Landkunst.

Bezirks-Konsum- und Sparverein „Volkswohl“ e. G. m. b. H. in Nies. Die Warenmarken mit Markenbüchern sind ab 3. bis 15. Juli in den Verkaufsstellen gegen Markenbescheinigung abzugeben. Die kleinen Marken wollen unsere Mitglieder nunmehr umgeben gegen Markenmarken eintauschen. Mit dem 1. Juli werden neue Marken verausgabt. Es ist daher nötig, daß alle Marken restlos abgegeben werden.

Die noch unerfüllten Geschäftsanteile bitten wir nunmehr einzuzahlen. Selbige werden, wenn voll, mit 4% verzinst. **Markverteilung betr. §§ 42 des Statuts zu beachten.**

Beim Heimgange unserer lieben unergelichen Entschlafenen, der Frau **Emilie verw. Käfer** sind uns so viel wohlthuende Beweise warmer Anteilnahme in Wort und Blumenpenden zuteil geworden, für welche wir nur hierdurch allen herzlich danken. **Da 5 r e n s.** 26. Juni 1922. Die trauernden Hinterbliebenen.

Heu sucht zu kaufen und Holt auch selbst von der Wiese **S. Grubbe,** **Widmarckstr. 35a, Tel. 652**

Rohhaare kauft jedes Quantum (Schweiß, Wb. 80-100R.) **Firma Otto Striegler, Gausstraße 56.**

Molkerei-Gras-Butter empfiehlt ab Molkerei zu Tagespreisen **S. Kloppe, Wansie (Schleswig-Holstein)** **Telegr. Kloppe, Wansie.**

frische Seefische. **Carl Hauser, Gröba.**

Bäcker-Innung. **Donnerstag, d. 29. Juni, nachm. 7/4 Uhr** findet im **Gasthof Kronprinz** die **2. Innungsverammlung** statt.

Tagesordnung: 1. Einkassieren der Beiträge. 2. Beschlußfassung über Erhöhung der Beiträge. 3. Bericht über die Verhandlungen. 4. Besuch der Bäckerei-Ausstellung betr. 5. Anträge usw. Um pünktl. und vollständiges Erscheinen wird gebeten. **S. Nöhrenborn, Obermeister.**

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben unergelichen Vaters, Cousins und Neffen **Paul Bischoff** sagen wir hiermit unsern warmsten Dank, besonders seinem Herrn Vetter, **Lehrer und Arbeitskollegen** für die herrlichen Kranzpenden und das ehrenvolle Geleit auf seinen letzten Weg. Du aber, lieber Paul, ruhe sanft in deiner stillen Gruft. **Nies, den 26. 6. 22.** Die trauernden Hinterbliebenen.

Die heutige Nr. umschließt 4 Seiten.